

27.10.06

Besonders dicke Bretter

Keiner soll Abgaben für das Militär zahlen müssen, fordert das Netzwerk Friedenssteuer

Von Tom Strohschneider

Woltersdorf ist ein kleiner Ort für so ein großes Ziel wie den Frieden. In der 7500-Einwohner-Gemeinde nahe Berlin findet dieser Tage die »11. Internationale Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuerinitiativen« statt. Rund 60 Teilnehmer aus 16 Ländern sind in das kirchliche Begegnungszentrum gekommen, das früher »Haus Gottesfriede« hieß.

»Die Vorgänger-Treffen waren größer«, sagt Friedrich Heilmann. Aber das soll nicht so klingen, als ob die Militärsteuerverweigerung ein Anliegen ist, für das sich sonst sehr viel mehr Leute interessieren. Zur Zeit sind es wenige Unverdrossene. »Nicht die Masse macht's«, sagt der Theologe und Physiker, »sondern die Qualität«. In Woltersdorf treffen sich ausgewählte Experten zu einer Arbeitskonferenz.

Das Anliegen, das Heilmann mit Gästen aus den USA, Großbritannien und 14 anderen Ländern teilt, lässt sich einfach erklären – aber schwer umsetzen: Bürger sollen eine legale Chance bekommen, Militärsteuern aus Gewissensgründen zu verweigern. »Es geht nicht um Abgaben generell, sondern um den Teil, der in die Finanzierung von Kriegen, Armee und Rüstung fließt«, sagt Heilmann und weiß sich einer langen Tradition sicher.

Schon der Pharao Mereruka ließ vor über 4000 Jahren Steuerverweigerer auspeitschen, Samuel warnte die Juden vor den Militärabgaben und die Täufer bezahlten einst die Türkensteuer nicht. In den 60er Jahren wurde der Abgabenboykott von der US-Friedensbewegung gegen den Vietnamkrieg aufgegriffen und erreichte in den 80ern schließlich auch die Bundesrepublik, wo sich 1983 jenes Netzwerk gründete, für das Heilmann heute die Konferenz organisiert. International ist man mit gleich- gesinnten Gruppen aus aller Welt unter dem Dach der »Conscience and Peace Tax International« (Gewissen und Friedenssteuern – CPTI) versammelt.

»Wir betreiben hier das Bohren von ganz besonders dicken Brettern«, sagt Heilmann, der Anfang der 90er Jahre mal im Bundesvorstand der Grünen saß. Immer wieder würden Menschen einen Teil ihrer Steuern einbehalten oder auf Anderkonten einzahlen. Doch der Weg des Protestes führt hier zu Lande über Mahnschreiben, Pfändungen und die Gerichte, ist also langwierig, teuer und auch nicht besonders öffentlichkeitswirksam. Zurzeit arbeitet das Netzwerk an einer Zusammenstellung aktueller Urteile und unterstützt jene, die den Schritt dennoch machen. Zurzeit sind in Berlin und München Klagen anhängig. Aber solche eher persönliche Aktionen der Steuerverweigerung sind nur die Begleitmusik für eine Gesetzesänderung, sagt Heilmann.

Darum werben die CPTI-Aktivisten schon eine ganze Weile. In den USA hatte man sogar schon einmal mehr als 50 Abgeordnete des Repräsentantenhauses im Boot, in Großbritannien hatten zeitweise 100 Parlamentarier ihre Unterstützung erklärt. »Komischerweise«, findet Heilmann, »ist die Stimmung für unsere Forderung in den Ländern, die an der Spitze des Anti-Terror-Krieges stehen, auch unter Politikern erstaunlich gut.«

In der Bundesrepublik hat es bisher drei Gesetzesinitiativen gegeben, mit denen das Recht geschaffen werden sollte, einen Teil der Steuern aus Gewissensgründen zu verweigern. Erfolg hatte keiner der Versuche.

Aber Heilmann und seine Mitstreiter bleiben dran. Im vergangenen Jahr hatte man lange um einen Termin bei Bundestagspräsident Wolfgang Thierse gekämpft. Dem SPD-Mann sollten Unterschriften der »Initiative für eine gesetzliche Friedenssteuer-Regelung« übergeben werden. Als dann endlich ein Treffen zustande kam, hatte sich Gerhard Schröder gerade für Neuwahlen entschieden. Die 12 000 Unterschriften gingen an den Petitionsausschuss, der sich erst fast ein Jahr später im Frühjahr 2006 damit befasste. Die Stellungnahme, die der Petitionsausschuss dann abschickte, macht Heilmann noch heute ein bisschen wütend: »Als ob die unser Anliegen überhaupt gar nicht gelesen hätten.« Im September hat man bei dem Ausschuss nochmal schriftlich nachgehakt, »scharf und deutlich«, wie Heilmann sagt. Eine mündliche Anhörung ist das Mindeste, das man erreichen will.

Vorher muss der »Coordinator« aber noch die Peacetax Conference 2006 über die Bühne bringen. Am Sonntag will der Kreis in Woltersdorf eine Erklärung verabschieden, später soll ein Reader mit den Beiträgen der Konferenz herauskommen. »Sinn und Ziel der internationalen« Treffen, sagt man beim Netzwerk Friedenssteuer, ist auch »die gegenseitige Ermutigung«. Weil es eben ganz besonders dicke Bretter sind, die hier gebohrt werden.

www.peacetax-2006.com

www.cpti.ws